

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 107. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. November 2008, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Stellv. Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. von Holger Astrup

Thomas Rother (SPD)

i. V. von Günter Neugebauer

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Claus Ehlers (CDU)

Martin Kayenburg (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Unterrichtung über die aktuelle Situation der HSH Nordbank durch Finanzminister Rainer Wiegard und Vorstandsvorsitzenden Hans Berger</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes und ergänzender Vorschriften sowie Änderung dienstrechtlicher Vorschriften</b>	<b>34</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2247	
	(überwiesen am 8. Oktober 2008 an den <b>Finanzausschuss</b> und den Innen- und Rechtsausschuss)	
<b>3.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs</b>	<b>35</b>
	(s. Umdruck 16/3498, Fortsetzung der Beratung des Finanzausschusses am 30. Oktober 2008)	
<b>4.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>36</b>
	Umdruck 16/3587 - Einzelplan 04 Umdruck 16/3588 - Murmann School of Global Management and Economics Umdruck 16/3596 - Landesbesoldungsgesetz	

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Unterrichtung über die aktuelle Situation der HSH Nordbank durch Finanzminister Rainer Wiegard und Vorstandsvorsitzenden Hans Berger**

**Herr Berger:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe am 25. September dem Ausschuss über die Entwicklung im ersten Halbjahr 2008 berichtet und bin auch auf die aktuelle Situation eingegangen, so wie sie sich Ende September darstellte, das heißt mit den Mitte September angenommenen Bewertungsverlusten von 500 Millionen € als Schätzwert. Zwischenzeitlich hatten wir unsere Pressekonferenz. Ich denke, es liegt in der Kontinuität der Sache, so wie wir das angekündigt hatten, den Ausschuss regelmäßig zu informieren.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass ich in der Ausschusssitzung am 25. September über ein positives Ergebnis per 30. Juni von 129 Millionen € bei bereits durchgeführten Abschreibungen in einer Größenordnung von 511 Millionen € berichtet habe. Ich habe darauf hingewiesen, dass sich die Situation im September dieses Jahres deutlich und dramatisch verändert hat, insbesondere durch den Zusammenbruch von Lehman, und wir dadurch eine Zäsur erlebt haben.

Das jetzt erstellte vorläufige Ergebnis ist – das noch nicht abschließend durchgeprüft ist; diese Anmerkung hatte ich im Rahmen der Pressekonferenz verabreicht – weist einen Fehlbetrag in einer Größenordnung von 360 Millionen € per 30. September aus. In diesem Ergebnis spiegeln sich einmal die per Mitte September schon erwähnten 500 Millionen € Abschreibungen wider, die sich zum Monatsende noch erhöhten, um circa 100 Millionen €. Demgegenüber standen positiv Bewertungsveränderungen. Sie alle wissen, dass es hier die Initiative auf EU- und auf Bundesebene gab, die Bewertungsregeln zu vereinfachen. Diese Vereinfachung ist nicht in dem Umfang erfolgt, wie wir uns das erhofft hatten. Aber sie spiegeln auch bei uns Effekte in einer Größenordnung von gut 300 Millionen € per 30. September wider. Dieses wirkte sich entsprechend positiv aus, verminderte also den Abschreibungsbedarf.

In den eben genannten Zahlen sind auch die Abschreibungen auf das Engagement von Lehman enthalten. Hinzu gekommen sind dann Abschreibungen auf das Island Exposure, das heißt auf die isländischen inländischen Banken, die unter Staatsgarantie gestellt wurden, in einer Größenordnung von 250 Millionen €. Wir haben dabei im Grunde eine Recovery Rate von 10 % unterstellt. Das heißt, wir sind davon ausgegangen, dass wir circa 90 % nicht wiedersehen werden und definitiv abschreiben müssen. Das haben wir im Ergebnis per 30. September berücksichtigt. Die finalen Entscheidungen darüber stehen natürlich aus. Hier gibt es intensive Gespräche, beispielsweise mit dem isländischen Staat.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen, weil in der Öffentlichkeit und auch von einigen politischen Vertretern immer wieder von Salamtaktik gesprochen wird: Entscheidend ist hier – ich habe das in den vergangenen Sitzungen immer wieder betont –, zu welchem Zeitpunkt man von welchen tatsächlichen Gegebenheiten und von welchen Annahmen ausgeht. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Denn im Juni wussten wir nicht, dass Lehman Mitte September pleitegehen wird. Keiner von uns wusste auch, welche Auswirkungen damit verbunden sind. So gibt es über die letzten 12 bis 15 Monate verschiedene Ereignisse, die den Markt immer wieder entwickelt haben. Wenn Sie mich heute fragen: Wie sieht es zum Jahresende aus, und welche Risiken gibt es da?, dann kann ich Ihnen heute sagen: Wir werden zum Jahresende ein negatives Ergebnis haben. Das ist nach dem Dreivierteljahresergebnis völlig klar. Ich gehe auch von weiteren Risiken aus. Denn wenn man sich die Entwicklung im Monat Oktober ansieht und das, was wir bis zum heutigen Tag erleben, dann stellt man fest: Die Marktentwicklung ist nicht positiv. Das kann man anhand von Indizes, anhand von bestimmten Marktbewertungen ableiten. Der Zusammenbruch von einzelnen Banken, etwa der isländischen Banken, ist primär durch die Lehman-Pleite hervorgerufen worden. Ich sagte bereits am 25. September, man hat sicherlich sehr deutlich unterschätzt, welche Risiken damit verbunden sind und welche Schockwellen durch die Märkte gehen, wenn die viertgrößte Investmentbank der Welt Pleite macht. Genau das ist eingetreten, auch mit den Konsequenzen nach dem 15. September, über die ich am 25. September berichtet hatte: Liquiditätsverknappung in den Märkten, im Grunde Zusammenbruch des Geldmarktes, kein Dollar Funding, das heißt keine Dollar-Refinanzierung möglich, kein Vertrauen unter den Banken insgesamt. Diese Situation hat sich bis zum heutigen Tage nicht entscheidend verbessert oder wenn, dann überhaupt nur marginal. Darauf werden wir sicher nachher noch eingehen, auch wenn wir uns über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz unterhalten.

Wie sieht die Prognose zum Jahresende aus? Wir werden ein negatives Jahresergebnis ausweisen. Ich gehe von weiteren Risiken aus, die man nicht ausschließen kann. Wenn Sie mich aber fragen, wie hoch das Ergebnis ausfallen wird, dann wäre es unseriös, Ihnen heute irgendeinen Wert zu nennen. Ich könnte heute sagen, es sind vielleicht die 360 Millionen € plus

Aufschlag 10 %, 20 % oder 30 %. Wenn ich solche Aussagen machen würde, könnten Sie das zu Recht als Salomitaktik hinstellen. Ich kann Ihnen nur sagen, wie sich die Situation heute darstellt und wie die Perspektive nach vorne gerichtet aussieht. Für den Zeitraum bis zum Jahresende gehe ich von keiner Verbesserung aus. Die Verhältnisse haben sich seit dem 30. September weiter verschlechtert.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ebenso erwähnen – das war auch Gegenstand unserer Beratungen hier –: Wie zukunftstauglich ist das Geschäftsmodell der HSH Nordbank? Hat die HSH Nordbank ein Geschäftsmodell, und wie tragfähig ist es? Wir haben in den ersten neun Monaten operative Erträge in einer Größenordnung von gut 1,5 Milliarden € erwirtschaftet. Das zeigt sehr deutlich, dass wir uns in einem wirklich schwierigen Marktumfeld in unseren Kerngeschäftsfeldern behaupten, mit unserer regionalen Verankerung und mit unserer Ausrichtung als internationaler Spezialfinanzierer. Deshalb sind wir auch von dieser Seite her zuversichtlich, dieses Geschäftsmodell in Zukunft erfolgreich weiterführen zu können.

Dafür ist es natürlich erforderlich, dass wir – erstens – eine ausreichende Liquiditätsversorgung haben. Deshalb werden wir heute den Antrag bei der SoFFin einreichen, Garantien von bis zu 30 Milliarden € in Anspruch zu nehmen. Dieses ist ein deutliches Zeichen.

Lassen Sie mich auch das vorausschicken: Die Intention dieses Rettungspaketes ist darauf ausgerichtet, zunächst und in allererster Linie den internationalen Geldmarkthandel wieder in Gang zu bringen, das heißt, den Geldhandel unter den Banken zu beleben, weil die Märkte nach wie vor ausgetrocknet sind.

Der zweite Baustein heißt Rekapitalisierung. Da geht es um die Frage: Inwieweit muss das Kapital bei den einzelnen Instituten erhöht werden?

Das Dritte ist die Möglichkeit, bestimmte Assets zu erwerben.

Mit unserem Antrag, Garantien bis zu 30 Milliarden € in Anspruch zu nehmen, wollen wir die Liquiditätssituation unseres Hauses so ausstatten, dass wir in der Lage sind, die Kreditwirtschaft mit entsprechenden Krediten zu versorgen und unseren Beitrag dazu zu leisten, dass der Geldhandel wieder in Gang kommt. Im Rahmen der Pressekonferenz habe ich ausgeführt, dass dieser Garantierahmen ein vorsorglicher Rahmen ist, der unterschiedlich in Anspruch genommen werden soll, mit einzelnen Tranchen und nach unterschiedlichen Laufzeiten. Sie wissen, es können Laufzeiten von drei Monaten bis zu drei Jahren beansprucht werden, auch mit unterschiedlicher Konditionengestaltung. Das ist unsere primäre Zielsetzung.

Der Bedarf, den wir haben und den wir in Anspruch nehmen werden, liegt deutlich unterhalb der 30 Milliarden €. Ich würde ihn heute bei rund 10 Milliarden € ansetzen. Es ist nicht so sehr die Entscheidung, ob wir jetzt 8, 10, 12 oder 15 Milliarden € nennen – mit dieser Zahl würden wir festgemacht werden –, sondern ich will Ihnen ein Gefühl vermitteln: Wo liegen wir mit der beabsichtigten Inanspruchnahme in einem ersten Schritt? Ich habe eben berichtet, wir stellen heute den Antrag. Wir haben in den letzten Tagen intensive Gespräche mit der Arbeitsebene geführt, um dieses so vorzubereiten, damit heute die Unterlagen vorliegen. Wir werden in der nächsten Woche nochmals ein Gespräch haben, unmittelbar vor Ort, um die Modalitäten abzuklären, auch die Modalitäten der Ziehung und – was sachgerecht ist – mit welchen Tranchen wir in den Markt gehen werden.

Wenn ich von der Zukunftsfähigkeit unseres Geschäftsmodells spreche, dann lassen Sie mich ein paar Sätze zu den einzelnen Geschäftsfeldern sagen. Denn ich glaube, das ist wichtig. Im Rahmen der regionalen Verankerung gibt es zunächst einmal das Firmenkundengeschäft. Ich habe ausgeführt, dass wir im Rahmen der von uns definierten Zielkunden – des gehobenen Mittelstandes in Hamburg und Schleswig-Holstein – eine Marktdurchdringung von rund 50 % haben. Wir haben ein Firmenkreditvolumen in Hamburg und Schleswig-Holstein von rund 10 Milliarden €. Wir haben im letzten Jahr ein Neugeschäftsvolumen von 1 Milliarde € abgeschlossen. Das soll Ihnen verdeutlichen, wie unsere Position ist. Das heißt, wir sind in diesen Segmenten in den beiden genannten Bundesländern Marktführer.

Bei der Immobilienfinanzierung haben wir insgesamt einen Bestand von 30 Milliarden €. Davon entfallen 10 Milliarden € auf das Inland. Hier würden wir für die norddeutsche Region rund 40 %, also rund 4 Milliarden €, veranschlagen.

Im Bereich Shipping sind wir, wie Sie wissen, Weltmarktführer. Das kommt aus der starken regionalen Verankerung in Schleswig-Holstein und Hamburg, insbesondere natürlich in Hamburg. Hamburg ist der Standort der Reedereien, der Emissionshäuser in Deutschland schlechthin. Wir haben im Bereich Schifffahrt einen Bestand von 26 Milliarden € und offene Kreditzusagen von 11 Milliarden €. Unsere Aktivitäten sind darauf ausgerichtet – auch das hatte ich beim letzten Mal berichtet –, diese Felder weiter zu intensivieren, weiter auszubauen. Deshalb hatten wir im August beschlossen – und dem Aufsichtsrat am 5. September vorgestellt – Maßnahmen, die der weiteren Profilschärfung unseres Geschäftsmodells dienen. Ich habe beim letzten Mal auch vorgetragen, dass wir uns von bestimmten Geschäftsfeldern trennen werden, dass damit auch ein Personalabbau verbunden sein wird, mit dem Ziel einer weiteren Fokussierung.

Wenn ich diese Geschäftsfelder anspreche, dann stellt sich die Frage: Wie sieht es mit den Risiken in diesen Geschäftsfeldern aus? Hier wird insbesondere der Schifffahrtsbereich immer wieder angeführt. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle einige Bemerkungen zum Schifffahrtsmarkt machen, ohne dass ich dabei zu sehr in die Details gehe.

Wenn man sich den Schifffahrtsmarkt insgesamt ansieht, dann muss man zwischen den Hauptbereichen Container, Massengut und Tanker differenzieren. Lassen Sie mich an dieser Stelle nur auf die beiden Bereiche Container- und Massengutschiffe eingehen und mit den Massengutschiffen beginnen.

Wir haben in den letzten Wochen einen dramatischen Charterratenverfall erlebt. Ganz entscheidend ist die Ursache. Ursache ist nämlich nicht, dass es keine Nachfrage gäbe. Ursache ist nicht, dass es keine Ladung gäbe. Die Ursache ist vielmehr, dass die Ladung aufgrund der Finanzmarktkrise nicht finanziert wird. Das, was im Rahmen der klassischen Handelsfinanzierung erforderlich ist über Akkreditive, über Letters of Credit: Zu 90 % ist dieser Markt zusammengebrochen. Wenn wir uns über die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft unterhalten, haben wir hier ein sehr deutliches Beispiel. Ladung ist vorhanden, Nachfrage ist vorhanden, aber die Handelsfinanzierung läuft im Moment nicht, als Ausdruck der Finanzmarktkrise.

Wenn es uns jetzt sukzessive gelingt, über die Maßnahmen in den unterschiedlichsten Staaten den Geldkreislauf wieder in Gang zu setzen, dann wird es diese Handelsfinanzierung zunehmend wieder geben und dann wird es natürlich auch die Beschäftigung geben. Das wird dazu führen, dass sich die Charterraten erhöhen. Natürlich werden wir – das muss man berücksichtigen – nicht das Niveau erreichen, das wir in den letzten Jahren gesehen haben. Denn von Ende 2002 bis 2007/2008 haben wir in den Charterraten und in den Schiffspreisen historische Höchststände gesehen, über die unterschiedlichsten Klassen hinweg. Das werden wir so schnell nicht wieder sehen. Das war vorher aber auch bekannt. Es war jedoch nicht bekannt, wie gravierend diese Auswirkungen sein werden und mit welcher Dynamik und mit welcher Geschwindigkeit sie auf den Markt kommen. Wir sehen wieder eine Erholung der Charterraten, wenn diese Finanzierungen eintreten. Aber wir werden nicht die ursprünglichen Höhen sehen.

Wenn Sie fragen: Wie sieht es mit den Risiken der HSH Nordbank spezifisch in diesem Segment aus?, dann sage ich Ihnen: Wir haben ein ausbalanciertes Verhältnis, und wir haben in weiten Teilen eine langfristige Vercharterung. Ich nenne Ihnen nur eine Zahl in diesem Zusammenhang aus dem Containerbereich. Der Containerbereich macht vom Volumen her 44 %

unseres Gesamtportfolios aus. Von diesen 44 % sind 68 % langfristig verchartert. Deshalb spüren wir im Containerbereich bei den mittleren und bei den großen Einheiten noch nicht diese Abschwünge. Wir spüren sie sehr stark bei dem kleinen Schiffstyp, bei den sogenannten Feederschiffen, diesen Zubringerschiffen. Hier spüren wir den Ratenverfall sehr deutlich. Bei den größeren Einheiten ist das so noch nicht bemerkbar, weil ganz überwiegend langfristige Charterraten vorliegen.

Ich sage Ihnen auch, wie hoch ein Schiff mit Kredit beliehen ist, das heißt: In welchem Verhältnis steht die Kreditgewährung von der Besicherung zum Schiffswert? Im Containerbereich sind das durchschnittlich 58 % des Bestandes. Wenn wir unser Schifffahrtsportfolio im Containerbereich jetzt nehmen, das, was wir ausgezahlt haben, dann haben wir die jeweiligen Schiffe als Sicherheit, mit 58 % ihres Verkehrswertes. Das heißt, im Verkehrswert muss schon eine ganze Menge passieren, um zu Wertbeeinträchtigungen zu kommen. Dann kommt es darauf an: Wie gut ist die Bonität des Reeders? Wie ist die Liquiditätssituation des Reeders? Denn der Schiffswert ist die eine Sache. Wenn die Schiffe nicht beschäftigt sind und irgendwo liegen, dann verursachen sie Kosten. Dann stellt sich die Frage der Liquidität. Allerdings waren die meisten Reeder in den letzten Jahren aufgrund der boomenden Märkte in der Lage, sich einen entsprechenden Liquiditätspuffer zuzulegen. Aber das muss man natürlich genau beobachten.

Das heißt, in den Kerngeschäftsfeldern Firmenkundengeschäft, Schifffahrt, Immobilien, Transport, Flugzeugfinanzierung haben wir national oder international eine führende Rolle. Hier wollen wir weiter investieren und wollen unsere Marktposition entsprechend festigen.

Ich habe das Thema Liquidität angesprochen. Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Thema Kapital sagen. Dann würde ich, Herr Vorsitzender, zunächst einmal aufhören und für Ihre Fragen, die Sie sicherlich haben werden, zur Verfügung stehen. Auch da gab es wieder unterschiedliche Pressemitteilungen. Wir haben zurzeit eine Kernkapitalausstattung von 7,4 %. Wenn wir die Marktpreisrisiken nicht berücksichtigen, dann liegen wir bei 8,2 %, Stand per 30. August. Das sind unsere Quoten per 30. August.

(Abg. Kubicki: 6,5!)

– Da war die Kapitalerhöhung, die wir bekommen haben, noch nicht verarbeitet. Die schlägt sich in diesen erhöhten Quoten nieder. Somit gehen wir im Moment von 7,4 % aus, wenn wir unsere Marktpreisrisiken berücksichtigen. Nach der offiziellen Bundesbankstatistik würden wir bei 8,2 % liegen, das heißt ohne Berücksichtigung der Marktpreisrisiken. Das war per 30. August.

Wir würden per 30. September, weil wir einen Fehlbetrag von 360 Millionen € haben, auf 7,1 % kommen, plus die circa 0,8 Prozentpunkte, um aktuell die Größenordnung zu haben.

Ich habe in der letzten Ausschusssitzung gesagt, verbunden mit dem nochmaligen Dank für die Kapitalmaßnahme, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, dass wir nach wie vor unterkapitalisiert sind. Jetzt ist die entscheidende Frage nach vorne gerichtet: Welche Kapitalanforderungen gibt es national und international? Wenn Sie international die Kapitalmaßnahmen sehen, dann lässt sich eines sehr deutlich sagen: Es gibt einen klaren Trend, die Banken weltweit mit mehr Kapital auszustatten. In Großbritannien beispielsweise ist eine Zahl von 9 % gesetzt worden. Wer diese 9 % nicht erreicht, muss staatliche Hilfen zur Kapitalverstärkung in Anspruch nehmen, um dorthin zu kommen. Nehmen wir große, führende amerikanische Banken. Nach der zweiten Kapitalisierungswelle liegen einige bei 17 % Kapital. Nehmen Sie, was sonst in Europa passiert, etwa in Frankreich. Nehmen Sie zum Beispiel die UBS. Alle Banken versuchen, ihr Kapital deutlich zu stärken, und zwar mit zweierlei Zielrichtungen. Zum einen sagen sie: Wir wissen nicht, wie lange die Krise andauern wird. Das heißt, sie tun es, um eine entsprechende Kapitalausstattung auch für die nächsten Monate und Jahre zu haben. Zum anderen geht es um die Frage: Wie positioniert man sich nach der Krise? Mit welcher Kapitalausstattung wird man nach der Kapitalmarktkrise losmarschieren?

Das sind die Überlegungen, die im Moment sowohl bei der Bundesbank als auch bei der Bankenaufsicht als auch im Bundesfinanzministerium angestellt werden: Wie muss die Kapitalausstattung der deutschen Kreditinstitute aussehen, einmal, um durch die Krise zu kommen, und zum anderen, um international mithalten zu können? Deshalb wird man vielleicht keine festen Kapitalquoten vorgeben. Da gibt es die unterschiedlichsten Zahlen. Das können Sie fast täglich in der Presse verfolgen. Einmal heißt es: 7 %. Einmal heißt es: 8 %. Dann heißt es auch: 9 %. Dann heißt es: Besser wäre es, wenn man über 10 % hätte. Das ist das Spektrum, das Sie heute in der Öffentlichkeit wiederfinden. Es bewegt sich in einem Rahmen von 7 % bis 10 %. Es gibt erste Aussagen, die aber auch noch nicht endgültig sind. Man geht davon aus, dass Landesbanken mindestens 7 % bis 8 % haben sollten. Aber das sind nicht die 7 % oder 8 % von der Zusammensetzung, wie ich Ihnen das heute geschildert habe. Vielmehr wird man auch von der Bankenaufsicht, auch von der Bundesbank die jetzige Kapitalausstattung noch einmal stressen und wird fragen: Welche Risikofaktoren werden und könnten dagegelaufen? Das ist eindeutig verbunden mit dem Ziel, die Kapitalausstattung der deutschen Institute zu verbessern. Das ist nicht nur das Thema der Landesbanken, das ist nicht nur das Thema der HSH Nordbank, sondern das ist das Thema aller Banken. Die Commerzbank ist ein Beispiel dafür. Die Commerzbank kommt mit ihrer Kapitalmaßnahme über 10 %, um genau zu sein: über 11 %. Es waren, glaube ich, 11,4 % mit den beiden Tranchen von je

4,1 Milliarden €, also insgesamt 8,2 Milliarden €. Das zeigt den Weg, wohin die Reise in der Frage geht: Wie statten wir uns aus? Die Deutsche Bank liegt als einzige deutsche Bank in der Kernkapitalquote über 10 %.

Deshalb haben wir als Vorstand gesagt – und haben das am letzten Montag mit den Eigentümern erörtert –: Die HSH Nordbank braucht zusätzliches Kapital, braucht eine verbesserte Kapitalausstattung, ausgehend von den Ergebnissen, ausgehend von den Anforderungen, die jetzt deutlich werden, von der Bankenaufsicht und von der Bundesbank im Zuge der internationalen Tendenzen.

**Finanzminister Wiegard:** Herr Vorsitzender! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir haben seit der letzten Sitzung des Finanzausschusses zu diesem Thema am 25. September eine Reihe politischer Entscheidungen getroffen, die aus Schleswig-Holstein unterstützt worden sind. Ich denke insbesondere an das Zustandekommen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes Anfang Oktober. Auf die Details, die wir dort miteinander geregelt haben, will ich deshalb nicht näher eingehen, weil wir sie im ständigen Kontakt mit den finanzpolitischen Sprechern und den Fraktionen regelmäßig zeitnah erörtert haben. Ich will nur kurz auf einzelne Maßnahmen eingehen, die aus diesem Gesetz für die HSH Nordbank, für unsere Landesbank, von Bedeutung sind.

Wir haben die erste Säule in Anspruch genommen. Das heißt, der Vorstand hat entschieden, dass wir einen Antrag stellen, eine solche Bürgschaft in Anspruch nehmen zu wollen. Herr Berger hat die Modalitäten, soweit sie bisher bekannt sind, dargestellt. Aufsichtsrat und Anteilseigner haben zugestimmt bzw. das zustimmend zur Kenntnis genommen. Jetzt geht es darum, mit der Anstalt darüber zu reden, welche zusätzlichen Auflagen in diesem Zusammenhang möglicherweise erteilt werden.

Wir haben zu dem zweiten Komplex, zur Eigenkapitalausstattung, gleichzeitig auch gesagt: Wir gehen davon aus, dass die Bank zusätzliches Eigenkapital braucht, um nach der Finanzmarktkrise aufgestellt in den Markt zu gehen, mit dem Kerngeschäft und dem Geschäftsmodell, das Herr Berger eben dargestellt hat.

Bei der Vorgehensweise haben wir ausdrücklich erbeten, dass eine klare Schrittfolge vorgesehen wird. Erstens sei zu definieren: Welches ist die richtige Kernkapitalquote, und welcher Betrag, der dem Eigenkapital zuzuführen ist, ergibt sich aus dieser Bewertung? Im zweiten Schritt sei zu klären, insbesondere mit der Anstalt, auf welchem Wege dieses Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden könnte. Standardmäßig gibt es drei Wege. Der erste und normalste wäre, die Eigentümer machen das. Der zweite ist: Es gibt einen Dritten oder Vierten, der von

außen kommt. Derzeit ist aber niemand in Sicht. Die dritte Möglichkeit ist, dass der Fonds das Geld zur Verfügung stellt.

Wenn diese Fragen bewertet werden, geht es darum: Welches sind die Bedingungen, zu denen der Fonds Eigenkapital zur Verfügung stellt? Das ist vom Vorstand der Bank mit der Anstalt und den übrigen Aufsichtsbehörden sehr schnell zu erörtern. Denn es geht schon darum, sehr sorgfältig abzuwägen, welche Entscheidungen man am Anfang des Verfahrens trifft. Wir wissen, der Fonds – das hat während der Beratung des Gesetzes eine Rolle gespielt – gibt sein Kapital und seine Hilfen nicht umsonst. Aus dem Beispiel Commerzbank wissen wir, dass der Bund in diesem Fall – ob das für alle gilt, wissen wir nicht – eine Verzinsung von 8,5 % verlangt. Wir wissen weiter, dass zusätzliche, darüber hinausgehende Auflagen erteilt werden wie beispielsweise Verzicht auf Dividende und möglicherweise andere Regelungen, die auch die Auszahlung der Bank an die Eigentümer berühren können.

Entscheidend für mich ist aber die Frage des Ausstiegs des Fonds. Denn der Fonds ist bis zum 31. Dezember 2012 befristet. Dann will der Bund die Bürgschaften, die er geleistet hat, zurückerhalten haben. Darüber hinaus will er das Kapital, das er geliehen hat, wieder einfahren. Deshalb müssen wir sehen: Welches sind die Ausstiegsszenarien des Bundes, zu welchen Bedingungen? Wird es möglicherweise so sein, dass wir als Eigentümer am Ende des Verfahrens das Eigenkapital aufbringen müssen, um wieder unseren Anteil zu erhalten? Alle diese Fragen sind zu klären, natürlich auch die Konditionen, die in diesem Zusammenhang stehen. Wenn die Konditionen und die Bedingungen bekannt sind, können wir entscheiden, auf welchem Wege wir eine Eigenkapitalzuführung machen. Das ist derzeit sowohl in der Beratung zwischen den vier Anteilseignern als auch in der Beratung mit dem Vorstand. Wir haben den Vorstand gebeten, dies mit der Anstalt zu klären.

Es gibt eine dritte Säule, die zu prüfen ist, nämlich ob wir möglicherweise in der Bank vorhandene Risiken an den Fonds verkaufen. Hier prüft die Bank, auf welche Weise dies sinnvoll sein könnte. Denn wir müssen natürlich davon ausgehen, dass Papiere, die man endgültig verkauft, von jeder Wertaufholung innerhalb der Bank ausgeschlossen sind. Denn sie sind nicht mehr da. Andererseits werden die Länder am Ende des Fonds verbliebene Defizite zu dem Anteil, den sie an der Bank halten, auszugleichen haben.

Insofern sind die drei Maßnahmen, um die es jetzt geht, in der Reihenfolge, wie sie dargestellt sind, nacheinander mit großer Sorgfalt aufzuarbeiten. Darum haben wir den Vorstand gebeten.

Parallel dazu gibt es derzeit – ich sage: bedauerlicherweise, aber das kann man nicht verhindern – eine sich intensivierende Diskussion über Fusionen. Meine Auffassung dazu ist, dass uns Fusionen nicht aus der Krise helfen, weil die Banken im Prinzip, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung, doch alle von einer, zwei oder drei dieser Säulen betroffen sind. Es ist nicht hilfreich, in einer solchen Krise und geführt von den Krisenelementen und den Kriseninstrumenten in aller Hektik über eine Fusion nachzudenken, die man in den vergangenen zehn Jahren zwar auch schon diskutiert, aber nicht zustande gebracht hat.

Deshalb bin ich überzeugt, dass wir in intensive Beratungen darüber eintreten müssen, wie wir nach Durchschreiten dieser Kurve, der Finanzmarktkrise, die Landesbanken neu aufstellen. Ich bin nicht der Meinung, dass wir damit die Finanzmarktkrise lösen. Deshalb müssen wir dies nacheinander tun. Ich bin sicher, die Landesbankenlandschaft wird danach nicht mehr so aussehen, wie sie heute aussieht, weil die Geschäfte zu einem bedeutenden Teil andere sein werden. Denn zum Beispiel haben wir mit unserem Maßnahmenpaket für die HSH Nordbank beschlossen – das werden andere Banken auf ähnliche Weise tun –, das Credit Investment Portfolio zu schließen, praktisch herunterzufahren. Das heißt, der Markt, in dem wir uns bewegen, wird anders aussehen. Er wird enger werden. Deshalb müssen wir den Markt neu ordnen. In dieser Schrittfolge – davon gehe ich aus – werden wir diese Aufgaben aber erledigen.

**Abg. Kubicki:** Herr Vorsitzender, ich möchte noch nicht diskutieren, sondern habe einige Nachfragen zu verschiedenen Komplexen. Ich lande zunächst beim Kapitalkomplex, bevor ich zu dem Investment der HSH Nordbank in Kredit- bzw. in Derivat- und Wertpapiergeschäfte komme. Herr Berger, gesetzt den Fall, es bleibt bei den 360 Millionen € effektivem Verlust Ende des Jahres: Wie hoch wäre der Bedarf an zusätzlichem Kernkapital entsprechend Ihrer Ausweisung zur Halbjahresbilanz, um auf eine Kernkapitalquote von 8 % bzw. 9 % zu kommen?

**Herr Berger:** Das kann man so nicht sagen, Herr Kubicki. Ich könnte das aus der Sicht der Bank theoretisch beantworten. Die Frage wird sein: Wie sehen künftig die Anforderungen der Bankenaufsicht zum Thema Kapital aus: 8 %, 9 % oder 10 %, und wie werden diese 8 %, 9 % oder 10 % entsprechend gestresst werden? Das ist genau der Punkt, der im Moment in der Diskussion ist. Wenn ich Ihnen jetzt eine Zahl nennen würde und wir kämen in drei oder vier Wochen mit einer anderen Zahl, weil die Bundesbank und die Bankenaufsicht sagen: Wir sehen andere Parameter in der Berechnung, dann würden Sie vielleicht zu Recht sagen: Das ist Salamtaktik.

**Abg. Kubicki:** Damit ich nicht falsch verstanden werde, habe ich ausdrücklich gesagt: Ceteris paribus, unter den Bedingungen, die zur Aufstellung der Halbjahresbilanz gegolten haben. Welche Größenordnung wäre vonnöten, um von 7,1 % – wie Sie gesagt haben – auf 8 % bzw. auf 9 % zu kommen, unter den gleichen Bedingungen? Wenn sich etwas verändert, müssen wir das zur Kenntnis nehmen. Ich könnte mir das vielleicht auch selbst ausrechnen. Aber ich denke, die Bank hat eine solche Überlegung schon angestellt.

**Herr Berger:** Unter diesen Annahmen würden wir uns bei 8 % über circa 1 Milliarde € und bei 9 % ungefähr über 2 Milliarden € unterhalten.

**Abg. Stritzl:** Ich teile die Auffassung unseres Finanzministers: Über eine Fusion mit anderen Banken nachzudenken, ist zurzeit etwas verfrüht. Karl Otto Meyer hätte in der jetzigen Situation sein Beispiel von den zwei Nackten wiederholt, die vergeblich versuchen, ein Textilgeschäft aufzumachen. Insofern ist es sicherlich richtig, die Zeit abzuwarten. Die Frage an Sie, Herr Berger, ist: Wie viel Zeit? Sie sagen, es gebe Diskussionen, dass sich die jetzigen Parameter für die Eigenkapitalquote eventuell verändern. Mit welchem Zeitraum rechnen Sie? Sind es ein oder zwei Monate? Mich würde schon interessieren: Können Sie sagen, wann in diesem Jahr Sie absehen können, wo wir stehen und was wir brauchen?

**Abg. Koch:** Ich beginne zunächst mit Sach- und Verständnisfragen. Herr Berger, Sie hatten eingangs erläutert, dass die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise neu geschaffenen Bewertungsmöglichkeiten auch von Ihrem Hause genutzt wurden, was zu einer Verbesserung von rund 330 Millionen € geführt hat. In der Summe der Jahre 2007 und 2008 haben wir mittlerweile einen Abschreibungsbedarf von über 2 Milliarden € erreicht. In der Sitzung vom September hatten Sie erläutert, dass davon bisher nur ein kleiner Teil auf tatsächlich realisierte Verluste entfällt und dass es sich zum überwiegenden Teil bislang um Buchverluste handeln würde und somit eine Chance zur Aufholung bestehe. Insofern stellt sich mir die Frage: In welcher Relation stehen die 330 Millionen € zu den bisherigen Buchverlusten? Warum sind es nicht mehr als 330 Millionen €, die mit den neuen Bewertungsmöglichkeiten genutzt werden konnten? Hier scheint mir ein gewisses Missverhältnis zu sein. Sie deuteten an, dass die Regelungen nicht ganz Ihren Vorstellungen entsprachen. Vielleicht liegt darin auch schon die Begründung.

Vielleicht darf ich noch eine zweite Frage stellen. Sie hatten uns in der Septembersitzung auch über den Bestand Ihres Kreditersatzgeschäftes informiert. In der Presse waren mittlerweile 25 Milliarden € genannt worden. Das weicht jetzt noch leicht ab. Es mag in der Presse auch eine alte Zahl gewesen sein. Interessieren würde mich der aktuelle Stand Ihres

Wertpapierportfolios und der Ausblick auf die weitere Entwicklung vor dem Hintergrund von ordentlichen Tilgungen und Fälligkeiten, wenn die planmäßig erfolgen. Wie würde sich das Kreditersatzgeschäft bis Ende des Jahres und in der Folgezeit im Laufe des Jahres 2009 reduzieren?

**Abg. Kayenburg:** Herr Berger, Sie hatten gesagt, dass Sie zum Jahresende ein negatives Ergebnis erwarteten, weil sich die Verhältnisse seit dem 30. September verschlechtert hätten und es weitere Risiken gäbe. Wenn Sie zur Höhe nichts sagen können, würde ich gerne etwas zum Qualitativen wissen, um welche Risiken es sich konkret handelt.

Der zweite Punkt. Sie haben gesagt, dass Sie jetzt bei 7,1 % bzw. 7,9 % lägen, dass auf der anderen Seite wahrscheinlich eine Eigenkapitalquote von 7 % bis 8 % nach neuen Kriterien gefordert würde. Wie werden sich nach Ihrer Vermutung die Kriterien, das heißt die Bemessungsgrundlagen, in der Zukunft von denen unterscheiden, die wir bisher hatten?

Eine kurze dritte Frage. Der Herr Finanzminister hatte darauf hingewiesen, dass die Commerzbank 8,5 % zu zahlen hat. Wenn Sie 30 Milliarden € anmelden und im Moment größenordnungsmäßig wahrscheinlich 10 Milliarden € abrufen müssten: Beziehen sich die 8,5 % auf die in Anspruch genommenen Quoten oder auf alles? Wenn nicht auf alles: Wie hoch ist dann die Bürgschaft zu verzinsen?

**Herr Berger:** Herr Stritzl, das Thema Zeitraum, Eigenkapitalzufuhr. Das Verfahren sieht so aus: Wir sind im Moment in den Gesprächen über das Thema Einräumung eines Garantierahmens. Im Rahmen der Bearbeitung dieses Antrages gibt es im Grunde zwei Prüfungen, die jetzt unmittelbar anstehen. Das eine ist das Thema Plausibilisierung des Geschäftsmodells. Das heißt, es wird im Rahmen der Garantievergabe, der Sicherstellung der Liquidität geprüft: Verfügt das Institut über ein nachhaltiges Geschäftsmodell? Da mache ich mir keine großen Gedanken, weil allgemein anerkannt ist, auch mit den Maßnahmen, die wir Ende August beschlossen haben, dass das trägt.

Das Zweite wird eine Eigenkapitalüberprüfung sein. Das heißt, es wird schon bei diesem Antrag geprüft werden: Ist die Eigenkapitalausstattung des Instituts ausreichend oder nicht? Je nach Ergebnis wird es eine Empfehlung oder Auflage geben – das steht noch nicht fest –, die Kapitalausstattung des Instituts zu verbessern. Es ist nicht so, wie heute zu lesen war, dass man sagt: Erst muss das Kapital kommen, dann gibt es die Garantie. Dann würde man im Grunde das, was man beabsichtigt hat, nämlich zu einer schnellen Garantieleistung zu kommen, um den Liquiditätskreislauf wieder in Gang zu setzen, damit unterlaufen. Aber es gibt schon eine Prüfung. Ich bitte um Verständnis. Das alles ist frisch und neu. Aber dieses wird

mit Auflagen oder mit Empfehlungen verbunden sein. Deshalb wollen wir sehr zügig das tun, was Herr Wiegard angedeutet hat. Das wird in der nächsten Woche sein. Wir werden uns mit der SoFFin zusammensetzen, um zu überlegen: Wie könnten die Bedingungen für eine entsprechende Rekapitalisierung nach § 7 des Finanzmarktstabilitätsgesetzes aussehen, um zu sehen: Wie sieht es aus mit der Verzinsung stiller Einlagen? Wie sieht es mit einer Dividendenpolitik aus? Sie kennen das grundsätzliche Dividendenverbot. Wie sieht es aus mit den Exitmöglichkeiten? Wie könnte so eine Struktur der Kapitalmaßnahmen aussehen? Das heißt, Herr Stritzl, das wird dann sehr zügig zu beantworten sein. Da werden die Eigentümer sehr schnell eine Entscheidung treffen müssen, welchen Weg sie gehen wollen.

Ich darf hier vielleicht an Ihre Frage anknüpfen, Herr Kayenburg. Die Commerzbank hat 8,2 Milliarden € Kapital in Anspruch genommen. Die 8,5 % beziehen sich auf die Bereitstellung von stillen Einlagen, also auf diese Kapitalmaßnahme. Das heißt, es gibt dort zwei Tranchen über je 4,1 Milliarden €. Eine ist mit 8,5 % ausgestattet, die andere mit 5,5 %, aber mit gewinnabhängigen Faktoren. Wir sind im Moment nicht in der Situation, das zu beantragen. Das wollen wir erst prüfen. Wir beantragen den Liquiditätsgarantierahmen. Sollte dieser Rahmen von 30 Milliarden € bereitgestellt werden, würde darauf eine Bereitstellungsprovision von 10 Basispunkten entfallen.

(Zuruf des Abg. Kubicki)

– 0,1 %, das heißt 30 Millionen € pro anno, als Bereitstellungsprovision. Dann kommt es darauf an: Welche Tranchen zieht man? Auf die gezogenen Tranchen hat man eine Wahlprovision zu zahlen, in einem Laufzeitbereich von drei Monaten bis zu einem Jahr von 0,5 %, und darüber hinaus – ich kürze die ganzen Berechnungsmethoden ab – würden das für unser Haus circa 1 % sein. Das sind die Konditionen für die Garantie. Deshalb wird deutlich unterschieden zwischen Garantie und Liquidität.

Zur Frage der Bewertung, 330 Millionen €, warum in diesem Verhältnis, warum nicht mehr: Das hängt sehr stark davon ab, wie man die Wertpapierbestände kategorisiert hat. Das hängt auch davon ab, ob man – jetzt wird es ein bisschen fachtechnisch – primär ein Handelsinstitut ist, das heißt, dass man ständig diese Bestände handeln will, oder ob man diese Bestände erwirbt und im Bestand hält. Die Deutsche Bank zum Beispiel hat deutlich mehr im Handelsbestand und profitiert deshalb von diesen Bewertungsregelungen stärker. Wir haben mehr im sogenannten Buchbestand. Deshalb sind die Möglichkeiten dort eingeschränkter.

Zu der Frage: aktueller Stand des Credit Investment Portfolios. Wenn Sie etwas unterschiedliche Zahlen hören, dann hängt das mit der Dollarkursentwicklung zusammen, weil viele Papie-

re auf Dollarbasis sind. Der aktuelle Stand ist 24 Milliarden €. Ich gehe davon aus, dass wir zum Jahresende bei 22 bis 23 Milliarden € liegen werden. Wir würden im Jahre 2009 ungefähr bei einer normalen Tilgungsleistung von 2 bis 3 Milliarden € liegen.

Herr Kayenburg, zu Ihrer Frage nach den konkreten Risiken und neuen Kriterien bei der Kapitalbemessung. Die konkreten Risiken liegen zum einen darin: Wie wird sich der Markt entwickeln? Und danach: Wie werden sich bestimmte Kurse entwickeln? Davon hängt auch das Credit Investment Portfolio ab. Das heißt, wenn wir weitere Marktverschlechterungen sehen würden, dann würden sich bestimmte Marktindizes verschlechtern. Das würde bei der Bewertung wieder eine Rolle spielen. Deshalb kann man das nicht prognostizieren. Das ist genauso, als würden Sie mich fragen: Wo wird zum Jahresende die Aktie von Siemens oder der Deutschen Bank stehen? Denn dann sage ich Ihnen: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Denn das ist von der Marktentwicklung abhängig. So ähnlich muss man das hier bei den Wertpapierbeständen sehen. In dieser Bewertung des Credit Investment Portfolios liegt ein Risiko. Es spielt natürlich auch eine Rolle: Wie entwickeln sich Kreditinstitute? Sehen wir etwas Ähnliches, etwas Vergleichbares wie mit den isländischen Banken? Wie werden in Island die konkreten Auswirkungen sein? Ich habe Ihnen vorhin gesagt, was wir wertberichtigt haben und wie wir davon ausgehen. Gibt es also vergleichbare Tatbestände bei anderen Banken?

Der nächste Bereich ist die Frage der Einzelwertberichtigung beispielsweise im Firmenkundengeschäft. Inwieweit schlagen die Auswirkungen der Realwirtschaft auf das Geschäft durch? Wir spüren schon erste Tendenzen einer erhöhten Risikovorsorge im Firmenkundengeschäft. Ich sehe keine dramatischen Veränderungen bis zum Jahresende. Aber es sind unterschiedliche Risikofelder. Dieses Themenfeld wird uns im Jahre 2009 sicherlich noch stärker beschäftigen, als jetzt, im Jahre 2008, erkennbar.

Die Frage der Kriterien ist genau das, was ich eben sagte: Die Bundesbank wird mit ihrer Aufsicht sagen: Welche Erwartungen, welche Risiken sehen wir? Beispielsweise auch: Was ist bisher nicht über die Gewinn- und Verlust-Rechnung gezogen worden, sondern was ist im Rahmen von bestimmten Bilanzpositionen an möglichen Ausfällen berechnet worden? Auch das ist wieder sehr banktechnisch. Das wird man jetzt dagegenspiegeln. Ich sage Ihnen: Der Trend wird eindeutig dahin gehen, die Kapitalquoten zunächst einmal unter Stressannahmen herunterzufahren, um dann zu sagen: Die Banken haben einen deutlichen Kapitalerhöhungsbedarf.

**Abg. Kubicki:** Herr Berger, ich habe mir den Geschäftsbericht der HSH Nordbank zum 31. Dezember 2007 etwas genauer angesehen. Ich habe einige Fragen zum Credit Investment

Portfolio. Damit wir das gemeinsam verstehen, muss ich zwei Sachen zitieren. Auf Seite 48 des Geschäftsberichts ist ausgeführt:

Die wichtigsten Refinanzierungsquellen stellen weiterhin die Verbrieften Verbindlichkeiten und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dar, wobei die Verbrieften Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007 um 4,4 Mrd. Euro auf 70,2 Mrd. Euro gesunken sind.

Jetzt kommt der zentrale Satz:

Dieser Rückgang ist im Wesentlichen durch den Rückgang der von unseren konsolidierten Investmentgesellschaften Poseidon und Carrera begebenen Geldmarktpapiere verursacht. Bei deren Fälligkeiten konnten aufgrund der Subprime-Krise keine Neuplatzierungen am Kapitalmarkt vorgenommen werden.

Auf Seite 65 des Geschäftsberichtes wird ausgeführt:

Die Marktverwerfungen haben sich auch auf unsere zwei Investmentgesellschaften, das Conduit Poseidon und das SIV Carrera, ausgewirkt. Seit Juli 2007 wurde die Refinanzierung für solche Gesellschaften an den Märkten zunehmend schwieriger.

Jetzt kommt das Wesentliche:

In diesem Zusammenhang haben wir Forderungen von Poseidon in Höhe von 2,9 Mrd. Euro auf die HSH Nordbank Securities 2007 und in Höhe von 1,3 Mrd. Euro auf die Niederlassung in Luxemburg übertragen.

Meine erste Frage ist: Warum ist das geschehen?

Meine zweite Frage ist: Sind die Forderungen zum Nennwert übertragen worden? Der Hintergrund – ich will das einmal laienhaft sagen –: Es sieht für mich so aus, als habe eine Umbuchung von Umlaufvermögen in das Anlagevermögen stattgefunden.

Drittens. Hat das eine Auswirkung auf mögliche Wertberichtigungen? Anders herum: Wenn Sie das nicht getan hätten, wenn Sie das bei der Muttergesellschaft in Kiel belassen hätten, hätte das Auswirkungen auf die Bilanz zum 31. Dezember 2007 gehabt?

**Abg. Heinold:** Ich habe eine Frage zur Aufsichtsratssitzung an Herrn Wiegard. Der Presse ist zu entnehmen, dass sich der Bürgermeister aus Hamburg sehr unzufrieden geäußert und eingefordert hat – so steht es hier –, in kürzester Zeit eine Krisenanalyse haben zu wollen. Ist es

so, dass der Aufsichtsrat das eingefordert hat? Hier bin ich etwas erschrocken. Denn zumindest eine Krisenanalyse – mehr ist es nicht – müsste es eigentlich geben, um die weiteren Schritte zu verabschieden. Deshalb die Frage an die Landesregierung: Ist es so gewesen? Wie schätzen Sie das ein?

**Herr Berger:** Wie Herr Kubicki die Seiten 48 und 65 zitiert hat, handelt es sich bei Poseidon und Carrera und zwei Zweckgesellschaften, die wir hatten. Wir haben im Gegensatz zu vielen anderen Instituten auch diese außerbilanziellen Zweckgesellschaften im Rahmen der gesamten Liquiditätssteuerung des Konzerns einbezogen. Das ist ein erster wichtiger Unterschied zu vielen anderen. Weil wir gesehen haben, dass sich diese Gesellschaften nicht mehr, wie das ursprünglich vorgesehen war, im Markt entsprechend neu refinanzieren können, haben wir gesagt: Wir nehmen sie auf die Bilanz. Das heißt, wir haben im Grunde den Status weggenommen, weil wir die Liquiditätsplanung dafür sowieso als Eventualmöglichkeit vorgesehen hatten. Wir haben sie übernommen. Wir haben beide Positionen in den Abschreibungen, die ich Ihnen nannte, insgesamt berücksichtigt. Das heißt, Risiken aus diesen beiden gibt es zukunftsbezogen nicht.

**Abg. Kubicki:** Das beantwortet meine Frage nicht. Meine Frage ist: Sind die Forderungen zum Nennwert übernommen worden, nachdem Sie festgestellt haben, dass sie schwer zu refinanzieren sind? Hätte es bilanzielle Auswirkungen gehabt, wenn Sie das nicht gemacht hätten?

**Herr Berger:** Wir haben sie zum Nennwert übernommen und haben sie entsprechend dem Zeitwert wertberichtigt und auch abgeschrieben, aber nicht mit dem Nennwert. Das sind spezifische Strukturen.

**Finanzminister Wiegard:** Frau Heinold, die Beschreibung und Beurteilung der Finanzmarktkrise insgesamt und insbesondere, soweit sie die Landesbank betrifft, ist regelmäßig Gegenstand der Beratungen der Anteilseigner einerseits, andererseits im Risikoausschuss des Aufsichtsrates und auch im Aufsichtsrat insgesamt, also auf mehreren Ebenen. Wir haben insbesondere auch die Beratung des Maßnahmenpaketes, das wir Ihnen Anfang September vorgestellt haben, in diesen drei Gremien sehr intensiv erörtert, nachdem wir den Versuch gemacht haben, die Krise zu analysieren. Wem das vollständig gelungen ist, dem gratuliere ich sehr herzlich. Bei uns ist das noch nicht abschließend der Fall.

Wir haben insbesondere daraus abgeleitet, dass wir ein sehr viel kurzfristigeres Monitoring der laufenden Geschäftsentwicklung inzwischen betreiben, das heißt, dass wir nicht mehr im üblichen Quartalsverlauf die Berichte erhalten, sondern monatlich und bei besonderen

Anlässen – in diesem Fall erinnere ich an die Frage Lehman –, auch in besonderen Situationen, um kurzfristig von der Lage Kenntnis zu erhalten und über mögliche Gegenmaßnahmen und weitere Entwicklungen informiert zu sein und beraten zu können.

Insofern ist es natürlich richtig, dass permanent eine Krisenanalyse eingefordert, beraten und diskutiert wird, weil es darüber durchaus nicht immer eine Aussage geben kann, der alle sofort zustimmen und die alle bejahen. Vielmehr ist es ein Diskussionsprozess, der da stattfindet.

**Abg. Heinold:** Hier möchte ich doch nachfragen. Denn wie zu lesen ist, war der Bürgermeister anscheinend sehr unzufrieden. Er soll gesagt haben: Jetzt brauchen wir in kürzester Zeit eine genaue Krisenanalyse. Er sagte weiter: Wir wollen nicht mehr alle zwei Monate mit neuen Problemen konfrontiert werden. Deshalb nochmals meine Frage: Gab es in der Aufsichtsratssitzung eine Unzufriedenheit mit der bisherigen Berichterstattung und der Krisenanalyse der Bank? Wurde da Nachbesserung gefordert? Oder war es eine normale Sitzung, Tagesgeschäft?

**Finanzminister Wiegard:** Es gibt Diskussionen über die Frage, wie das bewertet wird. Wir haben auch hier schon miteinander darüber diskutiert, dass es, insbesondere wenn man einen privaten Anteilseigner hat, durchaus unterschiedliche Perspektiven bei der Bewertung geben kann. Insofern gibt es da natürlich eine sehr intensive Diskussion. Wir haben insbesondere seit der Vorlage des Halbjahresberichts und der Entwicklung nach Lehman eine außerordentlich intensive Diskussion und natürlich die Bitte an den Vorstand, uns permanent über neue Entwicklungen zu informieren.

**Abg. Sauter:** Herr Berger, Sie haben über die vielen Monate, die die Bankenkrise läuft – sie läuft nicht erst seit der Zeit, seit wir uns damit so intensiv befassen –, zu Recht darauf hingewiesen, dass die HSH Nordbank in ihren Kerngeschäftsfeldern ein eigenes Profil hat und außerordentlich gut aufgestellt ist und entsprechende Ergebnisse erzielt hat, die es uns überhaupt ermöglichen, die Krise mit begrenztem Schaden durchzustehen. Was ich vermisse und was ich anregen würde, ist, bei einer Diskussion über die Maßnahmen, die in der Zukunft Wirkung entfalten sollen – Bürgschaften, Eigenkapitalerhöhung –, noch einmal deutlich zu machen, wo die Perspektiven des Hauses liegen. Denn darum geht es letztendlich. Es geht darum, dass die Bank Kerngeschäftsfelder hat, dass sie ein Profil hat, das sie von anderen Landesbanken unterscheidet. Es sollte in Richtung Bund, aber auch in Richtung Bürger deutlich gemacht werden, dass sich Investment in diese Bank lohnt. Das heißt, es sollte mit konkreten Zahlen perspektivisch dargestellt werden, wo die Chancen und wo die Risiken in den

Kerngeschäftsfeldern sind, damit wir nicht von einer Einzeldebatte über den Risikobereich im Kerngeschäftsfeld X oder zum Risikobereich im Kerngeschäftsfeld Y sprechen, sondern insgesamt eine Prognose haben. Prognosen befassen sich leider immer mit der Zukunft. Das ist schwierig; das wissen wir. Es ist auch schwierig, heute Prognosen zu stellen. Aber auch jeder Darlehensnehmer der HSH Nordbank muss eine Einschätzung seines Kerngeschäftes vornehmen, um bei Ihnen ein Darlehensnehmer werden zu können. Umgekehrt ist das natürlich genauso. Ich glaube, das würde die Debatte etwas festigen und vor allem auch mehr Sicherheit in die Diskussion bringen.

Mein zweiter Punkt ist eine Nachfrage. Habe ich richtig verstanden, dass die Bereiche Carrera und Poseidon, die Herr Kubicki eben angesprochen hat, in Ihren Risiken nicht enthalten waren, in dem, was wir zu damaliger Zeit als HSH-Nordbank-Zahlen präsentiert bekommen haben? Ist sozusagen die Wertberichtigung erst nach Übertragung in andere Gesellschaften vorgenommen worden, oder finden sich diese bewerteten Risiken in dem wieder, was an Präsentation und an Zahlen im Verlauf der ganzen Debatte damals zitiert worden ist?

**Herr Berger:** Zu der letzten Frage: Die Risiken aus diesen beiden Zweckgesellschaften haben wir im Rahmen der Ihnen genannten Zahlen berücksichtigt. Wir haben nie das gesamte Portfolio aufgefächert und line by line gesagt: Was sind die einzelnen Zweckgesellschaften oder die einzelnen Punkte?

(Abg. Kubicki: Zum 31.12.2007 oder danach?)

– Ich kann Ihnen jetzt nicht die Wertverläufe im Einzelnen über die Periode sagen, Herr Kubicki. Ich weiß nicht, wie die Kurse zum 31. Dezember waren, wie sie zum 31. März oder zum 30. Juni waren. Das kann ich im Moment nicht beantworten. Ich kann Ihnen sagen, dass sie zum 30. Juni definitiv enthalten waren, ob und in welchem Umfang vorher, weiß ich nicht.

(Zuruf des Abg. Kubicki)

– Wir hatten Abschreibungen zum 31. Dezember von 1,3 Milliarden € und im ersten Halbjahr von 511 Millionen €. Das waren die Gesamtzahlen. Aber ich kann Ihnen, wie gesagt, im Moment nicht sagen, wie die Verläufe bei den einzelnen Positionen waren.

Zu der Frage Maßnahmen, Profil und Kerngeschäftsfelder: Ich glaube, es ist schon wichtig, zu sagen: Wir haben in den ersten neun Monaten gut 1,5 Milliarden € Erträge aus den Kerngeschäftsfeldern gezogen. Wir gehen davon aus – aber auch das ist noch mit Vorbehalt, weil wir noch im Planungsprozess sind; der ist noch nicht abgeschlossen; aber ich nenne Ihnen einmal eine Zahl –, dass wir im nächsten Jahr Erträge von über 2 Milliarden € erwarten können. Die

verteilen sich unterschiedlich auf die einzelnen Segmente. Den größten Ergebnisbeitrag erwarten wir im Bereich Transport und Energie. Darin ist auch der Schifffahrtsbereich enthalten. Wir haben dann die starken Felder Immobilien sowie Corporate und Private Banking. Wir haben intern natürlich einen Plan: Wie sehen wir die Perspektiven in den einzelnen Geschäftsfeldern? Ich glaube, ich bin schon sehr weit in der Aussage, wenn ich heute an dieser Stelle sage: Wir erwarten für das nächste Jahr Erträge aus diesen Feldern von über 2 Milliarden €. Das unterstreicht – zum 30. September haben wir 1,5 Milliarden € –, wie hier der Erwartungshorizont ist.

Das Profil – das hatte ich versucht auszuführen, Herr Sauter – wollen wir mit den beschlossenen Maßnahmen, die ich beim letzten Mal vorgestellt habe, weiter schärfen. Ich darf in Erinnerung rufen, dass wir gesagt haben: Wir stellen die Aktivitäten zum Thema Credit Investments ein – das haben wir auch schon; wir machen seit längerem schon kein Neugeschäft mehr –, wir machen künftig nicht mehr das Leasingrefinanzierungsgeschäft sowie das Leasinggeschäft in Eigenregie, wir stellen die auslandsbezogenen speziell strukturierten Finanzierungen im Firmenkundengeschäft ein. Davon – das hatte ich ausgeführt – ist insbesondere die Ostseeregion, insbesondere unser Standort Kopenhagen betroffen. Wir stellen weitestgehend das Immobiliengeschäft am Standort New York ein.

Wenn ich das im Umkehrschluss nehme, unterhalten wir uns über ein Nominalvolumen dieser Abbaugeschäftsfelder von insgesamt 45 Milliarden €. Das heißt, wir werden die Bilanz herunterfahren, um darüber eine Entlastung zu bekommen, um uns zwangsläufig stärker auf das Kerngeschäftsfeld zu fokussieren. Das ist eine klare Profilschärfung. Obwohl wir diese Profilschärfung vornehmen und obwohl wir damit in diesen Feldern auch kein Neugeschäft mehr machen, sagen wir: Wir wollen in den Kerngeschäftsfeldern mehr als 2 Milliarden € Erträge generieren.

**Abg. Sauter:** Das heißt im Ergebnis, dass Sie trotz des Umstrukturierungsprozesses und trotz Reduzierung in wesentlichen bisherigen Geschäftsfeldern 2009 gleich viel oder mehr Erträge als 2008 machen werden. Das habe ich richtig verstanden? Das ist doch eine positive Nachricht.

**Herr Berger:** Das ist die Zielsetzung. Es ist eine positive Nachricht, wenn wir in einem Jahr hier sitzen und ich zu Ihnen sagen kann: Zum 30. September 2009 ist das, was wir prognostiziert haben, eingetreten. Aber in der Zielsetzung ist es das. Wir gehen auch nicht allein davon aus, sondern wir haben sehr stark unter Beweis gestellt, dass wir ein funktionsfähiges Geschäftsfeld haben. Sie können sich auch die Bilanzen anderer Landesbanken, anderer Institute

vornehmen und gegenüberstellen, wie die jeweiligen Ertragspositionen sind. Deshalb sind wir überzeugt, dass wir eine gute Basis haben. Das wollen wir nicht nur weiterentwickeln, sondern entsprechend hochtreiben.

**Abg. Herdejürgen:** Ich habe den Kollegen Sauter so verstanden, dass er sich auf die Außendarstellung bezog, dass die positiven Geschäftsfelder und das positiv verlaufende Kerngeschäft in der Außendarstellung stärker in den Mittelpunkt gerückt werden könnten. Ich habe eine Frage zu dem Bereich Shipping, der eine wichtige Säule innerhalb dieses positiven Ergebnisses betrifft. Sie haben die Schwierigkeiten angesprochen, die sich aus dem Charterratenverfall ergeben, obwohl die entsprechenden Güter auf Halde liegen und Nachfrage vorhanden ist. Lässt sich aus Ihrer Sicht absehen – ich verlange Ihnen doch eine Prognose ab –, dass durch Maßnahmen anderer Staaten in diesem Bereich in absehbarer Zeit Abhilfe geschaffen werden kann?

**Abg. Kubicki:** Ich habe drei kleine Nachfragen, weil man bei Ihnen, Herr Berger, jetzt hellhörig sein muss. Sie haben zweimal betont, dass die Zahlen, die Sie zum 30. September genannt haben, noch nicht geprüft, also vom Wirtschaftsprüfer noch nicht testiert sind. Nun haben wir schon November. Sie müssen die Q-III-Zahlen demnächst präsentieren. Gibt es einen Grund, warum die Abstimmung der Wirtschaftsprüfer so lange dauert?

Zweite Frage. Das Credit Investment Portfolio ist nicht überwiegend aus Eigenmitteln finanziert, sondern durch Kredite. Gibt es Probleme bei Ihnen mit der Refinanzierung dieser Kredite, Veränderungen bei Laufzeit und Konditionen, wenn ja: in welcher Richtung?

Dritte Frage. Wird in Ihrem Haus mit dem Wirtschaftsprüfer erörtert, ob oder dass auf bestimmte Finanzierungen, die Sie beispielsweise im Bereich Shipping oder Immobilien vorgenommen haben, pauschal Wertberichtigungen oder auch Einzelwertberichtigungen in nennenswerter Höhe vorgenommen werden müssen? Denn das würde das Jahresergebnis betreffen.

**Herr Berger:** Frau Herdejürgen, positiver darstellen: Bisher habe ich Vorwürfe bekommen, dass wir das Bild insgesamt zu positiv dargestellt hätten. Das ist natürlich immer ein Spagat. Auf der einen Seite sagen wir: Wir haben ein Abschreibungspotenzial; natürlich hat uns die Krise erreicht; natürlich sind wir von der Krise betroffen – das ist überhaupt keine Frage –, stärker, als Ihnen und uns lieb ist. Die Frage ist, wie wir damit umgehen. Wir betonen aber eigentlich immer, dass wir ein funktionierendes Geschäftsmodell haben. Wir betonen auch die Positionen, die wir in den einzelnen Feldern haben. Das wird von der Öffentlichkeit oder von den Journalisten aber nicht immer so aufgenommen. Es ist die Frage: Worauf konzentriert

man sich in dieser Zeit? Was erzeugt welche Schlagzeilen? Ich nehme aber Ihre Anregung auf und überlege gerne, wie wir das vielleicht noch etwas stärker in den Mittelpunkt rücken können.

Zum Thema Schifffahrt und dem Beispiel Massengutverkehr, das ich nannte. Man kann es nicht anders ausdrücken: Es ist unsere große Hoffnung, dass die Maßnahmen der Staaten insgesamt sukzessive greifen, um den Geldhandel wieder nach vorne zu treiben. Ich bin der Meinung, das wird allmählich gelingen. Aber das wird sich in bestimmten Schritten vollziehen. Es wird auch noch ein langer Prozess sein. Nicht umsonst haben wir im August und auch bei unserem letzten Gespräch hier gesagt, dass wir davon ausgehen, dass sich die Krise insgesamt bis ins Jahr 2010 hinein erstrecken wird. Das heißt nicht, dass die Güter so lange auf Halde liegen werden. Aber die große Frage, die sich heute stellt, ist – jeder wird sagen, die Krise wird länger dauern als angenommen –: Wie lange wird sie dauern? Das kann man nicht verlässlich beantworten. Vielleicht noch wichtiger ist aber: Wann haben wir endlich einen Boden erreicht? Das sind zwei Dinge. Das eine ist: Wann haben wir einen Bodensatz, sodass wir sagen können: Von diesem schlechten Niveau kann zumindest ausgegangen werden, das ist eine gefundene Basis, und von dieser Basis aus wird es langsam wieder nach oben gehen? Ich bin noch nicht sicher, dass wir den Boden gesehen haben. Die große Frage ist: Was bedeutet das? Danach richtet sich das aus. Ich glaube, das Thema Handelsfinanzierung müsste sich unter normalen Voraussetzungen allmählich lockern.

Herr Kubicki, ich fange mit Ihrer letzten Frage an. Ja, wir haben zwei Themen bei Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen. Bei der Einzelwertberichtigung ist das Thema: Wie hoch ist eine zwingende Risikovorsorge aufgrund einer Einzelfallbetrachtung erforderlich? Das spiegeln die Einzelwertberichtigungen wider. Da lagen wir im letzten Jahr bei den Wertberichtigungen bei null. Das heißt, Neubildung und Auflösung lagen bei null. Für den Bedarf an Einzelwertberichtigungen per 30. September weiß ich nicht genau, welche Zahl wir zugrunde gelegt haben. Ich nenne daher keine Zahl. Aber: Auch an Pauschalwertberichtigungen haben wir einen erhöhten Bedarf, weil hier allgemeine Risikoparameter eine Rolle spielen. Sie wissen, wir raten unsere Kreditnehmer. Es gibt verschiedene Rating-Klassen. Da werden verschiedene Annahmen zugrunde gelegt. Wenn sich das allgemeine wirtschaftliche Umfeld verändert, müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Das machen wir laufend. Das haben wir auch berücksichtigt. Wir haben bei den Pauschalwertberichtigungen auch einen höheren Bedarf, als wir ihn im letzten Jahr hatten. Das ist berücksichtigt.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich diese Zahlen nicht nenne. Denn das ist schon sehr detailliert und geht ans Eingemachte. Diese Zahlen werden normalerweise nicht veröffentlicht. Ich glaube, ich bin mit meiner Aussage schon sehr weit.

Zum Thema Credit Investment Portfolio und zur Frage der Refinanzierung. Wenn ich richtig verstanden habe, haben Sie gefragt: Wie ist das refinanziert? Ich sagte Ihnen vorhin, dass wir das gesamte Credit Investment Portfolio, ob bilanzbezogen oder über Zweckgesellschaften, über unsere Konzernliquiditätssteuerung berücksichtigt hatten, das heißt also: erfasst. Aber was durch die Herabstufung der Rating-Klassen bei dem Wertpapierportfolio eingetreten ist: Große Teile dieses Wertpapierportfolios sind bei der Bundesbank bzw. bei der EZB nicht mehr einlieferbar, um dafür eine Refinanzierung zu bekommen. Das war vorher möglich. Hier ist eine allgemeine Rating-Verschlechterung eingetreten. – Das vielleicht konkret zu diesem Thema.

Allgemein zur Liquidität. Damit erfasse ich auch das Credit Investment Portfolio. Das bezieht sich aber nicht nur darauf. Ganz allgemein haben wir es mit folgendem Trend zu tun – das gilt wiederum nicht nur für die HSH Nordbank, sondern ganz allgemein –: Wenn bei uns Einlagen von Kreditinstituten, von Versicherungen, von Sonstigen fällig werden, die eine Laufzeit von sechs Monaten, von neun Monaten, von zwölf Monaten hatten, also mittlere Laufzeiten, dann stellt sich heute die Frage: Bekommen Sie diese vom Volumen her in voller Höhe überhaupt wieder bereitgestellt? In der Regel nicht. Denn jeder hortet zunächst einmal seine Liquidität. Wenn Sie sie bekommen, dann kriegen Sie sie mit deutlich kürzeren Laufzeiten. Das heißt, Sie erhalten heute kaum Laufzeiten von sechs oder neun Monaten auf dieser Basis, sondern vielleicht für 20 Tage, für 30 Tage. Damit erzeugt man auch – das ist das, was allgemein mit Sorge betrachtet wird – eine Bugwelle, die im kurzfristigen Bereich immer höher wird. Wie kann man die handeln? Die Liquiditätskosten sind in den letzten Wochen und Monaten deutlich nach oben gegangen.

Der Grund beim Thema Abschlussprüfer. Es gibt eine Pflichtprüfung zum 1. Dezember. Es gibt eine Prüfung zum 30. Juni. Das sind die Prüfungen, die vorgegeben sind. Es gibt keine Pflicht, zum 31. März oder zum 30. September eine prüferische Durchsicht zu veranlassen. Wir haben es trotzdem gemacht. Wir leben in so unwägbar Zeiten, dass wir den Wirtschaftsprüfer gebeten haben, auch zum 30. September eine prüferische Durchsicht zu machen. Das dauert einfach länger, weil das eine andere Qualität hat, als wenn ich einen normalen Abschluss erstelle.

Ich darf an dieser Stelle vielleicht hervorheben – weil hier immer wieder angesprochen worden ist: wie transparent ist die HSH Nordbank? –: Es gibt einige Institute, die keinen Drei-

vierteljahresabschluss veröffentlichen. Sie sagen: Wir leben in so unwägbar Zeiten; das machen wir nicht. Ich halte das nicht für ein probates Mittel. Denn ich glaube, damit erzeugen wir nicht die Transparenz, die wir am Markt benötigen. Für mich ist von entscheidender Bedeutung, dass wir versuchen, so weit wie möglich transparent zu sein.

**Abg. Spoorendonk:** Ich habe eine Nachfrage an Herrn Wiegard. Die Nachfrage bezieht sich auf das, was die Kollegin Heinold fragte. Sie sagten, Herr Wiegard, dass es im Aufsichtsrat Diskussionen gibt. Das leuchtet jedem ein. Angesprochen wurde dann eine Diskussion zwischen den öffentlichen Anteilseignern Hamburg und Schleswig-Holstein, wenn ich das richtig verstanden habe. Es gibt aber auch noch den privaten Anteilseigner. Ich weiß nicht, ob Sie das in einer öffentlichen Sitzung etwas erläutern können. Meine Frage ist: Hat sich die Position des privaten Anteilseigners in den letzten Monaten verändert? Haben sich durch die Inanspruchnahme der Garantien die Interessen des privaten Anteilseigners geändert?

**Abg. Koch:** Ich möchte mit zwei Fragen die Situation des operativen Geschäftes beleuchten. Sie haben ausgeführt, Herr Berger, dass Sie auf verschiedenen Feldern das Geschäftsvolumen herunterfahren wollen. Für das Firmenkundengeschäft hatten Sie heute Morgen ein Bestandsvolumen von 10 Milliarden € genannt. In der Septembersitzung nannten Sie für den Bereich Unternehmensfinanzierung ein Volumen von 18 Milliarden €. Ich weiß nicht, ob diese Zahlen direkt vergleichbar sind. Sofern sie es sind, würde mich interessieren: Ist die Reduzierung um 8 Milliarden € das Ergebnis eines bewussten Herunterfahrens des Geschäftes, oder gibt es Felder, wo Sie Geschäfte mangels Liquidität bereits heute nicht tätigen konnten, die Sie hätten tätigen wollen?

Zweite Frage. Sie haben die guten operativen Erträge von 1,5 Milliarden € zu Recht herausgestrichen. Nun stehen Erträgen immer Aufwendungen gegenüber. Entscheidend ist am Ende das Ergebnis, das herauskommt. Wenn ich die Zahlen zum dritten Quartal richtig interpretiere, komme ich für mich zu dem Ergebnis, dass aus dem operativen Geschäft eine schwarze Null oder ein leicht positives Ergebnis erzielt wurde. Meine Bitte wäre, dass Sie etwas zum Ergebnisbeitrag des operativen Geschäftes sagen könnten.

**Abg. Stritzl:** Ich habe zwei Verständnisfragen. Wie Sie selbst gesagt haben: Am 25. September haben wir hier zusammengesessen. Schon damals ist die Frage der Notwendigkeit der Erhöhung des Eigenkapitals zitiert worden. Zum damaligen Zeitpunkt war das aus Ihrer Sicht kein Thema. Habe ich richtig verstanden: Per heute ist es das? Die einzige Frage, die noch offen ist, lautet: welche Konditionen, welche Höhe? Aber die Notwendigkeit ist da. Kann ich

davon ausgehen, dass wir zumindest in den nächsten vier Wochen Klarheit darüber bekommen? Das ist für den Anteilseigner Land von nicht unerheblicher Bedeutung.

Punkt zwei. Ich finde es positiv, dass Sie die Botschaft liefern, Sie wollten im nächsten Jahr aus dem Kerngeschäftsbereich 2 Milliarden € Erlösen. Das sei Ihre gesicherte Prognose.

(Herr Berger: Gesichert nicht! Es ist eine Prognose!)

– Eine aus Ihrer Sicht zu vertretende Annahme. – Haben Sie schon Überlegungen, was das Jahr 2010 angeht?

(Heiterkeit)

– Ich frage das vor einem bestimmten Hintergrund. Die Kerngeschäftsbereiche, die Sie genannt haben, sind Bereiche, die von der Rezession nicht betroffen sein werden: Transport, Shipping, Immobilien. Ist das also eher ein Hype? Oder ist das aus den Kernbereichsgeschäftsfeldern der Bank eine auf Dauer sehr tragfähige Struktur?

**Abg. Kubicki:** Womöglich haben wir im politischen Bereich nicht mehr viel Zeit, Entscheidungen zu treffen. Es gibt unterschiedliche Interessenlagen in Hamburg und in Schleswig-Holstein. Wenn ich die öffentlichen Verlautbarungen zu interpretieren versuche, sieht es bei Hamburg eher so aus, als wolle es, koste es, was es wolle, was Kapitalausstattung angeht, unter den Bundesschirm. Hingegen glaube ich, dass wir eine komplett andere Interessenlage haben. Aber dazu würde ich nachher gerne noch etwas sagen.

**Finanzminister Wiegard:** Frau Spoorendonk, wenn der Eindruck, wie Sie ihn in Ihre Frage gekleidet haben, entstanden ist, bin ich dankbar dafür, dass wir das nochmals aufnehmen. Ich habe die möglichen unterschiedlichen Interessen eines privaten Investors und eines Landes wie Schleswig-Holstein beispielhaft genannt. Wir haben Arbeitnehmervertreter, die zu den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Landesbank ganz andere Fragen stellen, als wir sie stellen. Wir haben Sparkassen, die eine besondere Problemstellung haben. Das ist das ganze Bündel von unterschiedlichen Fragen, die wir regelmäßig miteinander diskutieren, natürlich in dem Bemühen: Wie können wir möglichst frühzeitig erkennen, dass weitere Wertkorrekturen, Liquiditätsengpässe oder was alles so passieren kann, auf uns zukommen? Natürlich – ich gehe davon aus, dass es Ihnen, Herr Berger, nicht anders geht als uns – nervt es, wenn man alle vier oder acht Wochen eine neue Lage vorfindet. Die Finanzmarktkrise hat sich nun einmal entwickelt, wie sie sich entwickelt hat. Wir haben mit diesen Dingen zu leben. Unser Bemühen ist, das, was auf uns an Problemen entfällt, früher zu entdecken. Wir haben gemeinsam mit dem Vorstand zusätzlich externe Berater eingeschaltet, auch zusätzlich

zu den Abschlussprüfern, um zu verhindern, dass wir an bestimmten Stellen möglicherweise einseitige Sichtweisen pflegen. Wir wollen Dritte einen Blick darauf werfen zu lassen, um sicherzugehen, dass uns da nichts passiert.

Herr Kubicki, Hamburg und Schleswig-Holstein: Es ist im Augenblick so, dass diese Frage von mir sehr viel offener gesehen und diskutiert wird als von den anderen Anteilseignern. Aber insbesondere nach den letzten Beratungen, wo ich anhand einiger Szenarien aufgezeigt habe, was auf uns zukommen könnte – das kommt auf die anderen genauso zu –, ist die Diskussion schon ein bisschen offener geworden. Ich gehe davon aus, dass wir, wenn nach den Prüfungen feststeht: Wie hoch soll die Kernkapitalquote sein, wie viel ergibt sich nach Wertkorrekturen und Festigung der Kernkapitalquote an zusätzlichem Eigenkapitalbedarf?, und wir die Bedingungen dafür genau kennen, alle miteinander rechnen: Was kostet uns das über den gesamten Zeitraum des Verlaufs dieses Fonds? Nicht nur: Was kostet es uns heute Morgen? Vielmehr müssen wir sehen: Was bedeutet es bis 2012, bis zur Abwicklung des Fonds? Ich glaube, hierfür ist in dieser Woche das Bewusstsein ein bisschen ausgeprägter geworden, als es Anfang dieser Woche war.

**Herr Berger:** Herr Koch, operatives Geschäft, Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft, 18 versus 10 Milliarden €. Die 10 Milliarden € beziehen sich auf das Bestandsvolumen in Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Zahl, die ich damals nannte, die 18 Milliarden, umfassen auch Geschäfte, die darüber hinausgehen, auch besondere strukturierte Geschäfte. Es gibt also keinen Abbau des Geschäftes in der Region.

Zu der Frage: Wie profitabel sind unsere Kerngeschäftsfelder? Sehen Sie sich an, welche Abschreibungen wir haben und dass wir einen Verlust von 360 Millionen € erwirtschaftet haben. Aus den unmittelbaren Kerngeschäftsfeldern haben wir per 30. September nach Abzug der Kosten und der Risikovorsorge in den jeweiligen Geschäftsfeldern in der Summe ein Ergebnis von circa 750 Millionen € vor Steuern. Dagegen laufen die Abschreibungen und sonstigen Positionen. Sie kriegen das von den Zahlen her nicht deckungsgleich. Ich will das nur auf die eigentlichen Kerngeschäftsfelder beziehen. Ich denke, das ist eine klare Aussage.

Ich darf überleiten auf die Frage von Herrn Stritzl: Wie sieht die tragfähige Struktur aus? Ja, wir meinen, diese Struktur ist tragfähig. Denn wir können unser Potenzial, das wir im Bereich Firmenkunden haben, das wir im Bereich Schifffahrt haben, im Bereich Energie mit dem Schwerpunkt erneuerbarer Energien, das wir in den anderen Kerngeschäftsfeldern aufweisen, im Sinne von Franchise Value und im Sinne von Cross Selling noch stärker nutzen. Darauf sind auch die internen Strukturen ausgerichtet. Anders ausgedrückt: Wir wollen die Produktpalette für unsere Kunden in diesen Segmenten noch stärker ausweiten, um die Kundenbe-

dürfnisse mit einem zusätzlichen Angebot noch besser befriedigen zu können und darüber zusätzliche Erträge zu generieren. Das haben wir in den letzten Jahren kontinuierlich auf den Weg gebracht.

Dagegen läuft sicherlich ein Stück die Frage der Risikovorsorge. Die würde sich dagegen stellen. Ich habe erst einmal die Erträge von über 2 Milliarden € genannt. Beim Firmenkundengeschäft haben wir den großen Vorteil der regionalen Nähe zu den Unternehmen. Wir kennen die Länder, wir kennen die Strukturen. Wir bilden uns ein, das entsprechend managen zu können. Wir haben eine langjährige Erfahrung im Bereich Schifffahrt. Uns geht es nicht wie einem Wellenreiter: mal rein, mal raus. Wir sind in diesem Bereich vielmehr kontinuierlich engagiert. So könnte ich das für die anderen Felder auch aufzeigen, Herr Stritzl. Auch in der Vergangenheit gab es schwierige Phasen. Wir haben immer wieder einmal Konjunkturzyklen. Klare Antwort also: Ich glaube, dass wir eine tragfähige Struktur des Geschäftsmodells haben. Man muss natürlich die Risikoentwicklung in den einzelnen Segmenten sehr sorgfältig beobachten. Das ist überhaupt keine Frage.

Zum Thema Kapital, das Sie angesprochen haben. Bei der letzten Sitzung, wenn ich mich richtig erinnere, habe ich darauf hingewiesen, dass wir unterkapitalisiert sind. Wir sind es nach wie vor, auch nach der Kapitalzuführung. Ihre Frage beantworte ich ganz klar: Es ist nicht die Frage, ob. Wir brauchen neues Kapital, um uns zukunftsbezogen entsprechend aufzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund der nationalen und internationalen Anforderungen. Man muss sagen: Die haben sich nach den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate deutlich verändert. Natürlich führt diese Krise auch dazu, dass jede Bankenaufsicht, egal wo sie ist, sagt: Wie müssen Institute künftig mit Kapital ausgestattet sein, um solche Krisen von der Kapitalseite her noch besser abfangen zu können? – Ich glaube, das war klar genug von der Antwort hat.

**Abg. Kubicki:** Als Einleitung, damit Sie wissen, Herr Berger, was ich als Kommunikations-GAU bezeichne. Wenn Ihr Konzernsprecher am 3. November 2008 in den „Kieler Nachrichten“ erklärt, mit der Mittelzufuhr von 2 Milliarden € durch die Kapitalerhöhung im Sommer seien Sie für alle Eventualitäten komfortabel ausgestattet, steht das im diametralen Gegensatz zu dem, was Sie heute sagen. Das ist ein Kommunikations-GAU. Das kann man vielleicht besser machen. Es weckt nicht gerade Vertrauen, wenn innerhalb von zwei oder drei Tagen aus A B wird. Ich will auch nicht ansprechen, dass Fitch, die Rating-Agentur, Sie am 30. Oktober downgegradet hat, weil sie glaubt, dass in Ihren Kerngeschäften, von denen Sie gesprochen haben, hoher Wertberichtigungsbedarf besteht – so jedenfalls nach Dow Jones veröffentlicht.

Was ich jetzt sagen will – Sie müssen nicht darauf eingehen –, ist: Darüber haben wir in der Vergangenheit diskutiert. Ich kann mich erinnern, dass ich im Mai im Ausschuss gesagt habe: Ich glaube, dass das mit der Kapitalisierung nicht ausreichen wird. Ich habe den Kollegen gesagt: Wenn man jetzt den Schritt A macht, dann muss man den Schritt B nachvollziehen. Wenn man der Überzeugung ist – zu dieser Überzeugung kann man gelangen –, dass die HSH Nordbank mit ihrem Kerngeschäftsmodell auf Dauer überlebensfähig ist – was ich nicht infrage stellen will –, dann macht es keinen Sinn, und zwar unter keinem denkbaren ökonomischen und fiskalischen Gesichtspunkt, den Bund außerhalb der Liquiditätshilfen in irgendeiner Form zu beteiligen. Erstens kostet das Geld: wenn es schief geht, sowieso unser Geld, und wenn es gut geht, auch unser Geld. Zweitens würden wir – das sage ich Ihnen sicher voraus – sämtliche operativen Handlungsmöglichkeiten – es sei denn, es bleibt bei stillen Beteiligungen, was ich aber nicht glaube – an den Bund abgeben. Dessen Überzeugung, wie die Bankenstruktur künftig aussehen soll, unterscheidet sich von unserer fundamental. Ich bin nicht der Auffassung – das können alle Kolleginnen und Kollegen, die bundesweit beispielsweise in ihren Parteien oder sonstigen Organisationen tätig sind, bestätigen –, dass der Bund oder andere Länder auf die fundamentalen Interessen Schleswig-Holsteins in irgendeiner Weise auch nur Rücksicht nehmen werden. Die werden im Zweifel versuchen, ihre eigenen Interessen im wahrsten Wortsinne auf unsere Kosten zu befriedigen. Deshalb plädiere ich in einer solchen Situation dafür, dass wir uns sehr schnell darüber verständigen, wie wir reagieren, wenn die Aussage – von welchen Mitarbeitern der SoFFin auch immer – zutreffend sein sollte, dass es Bürgschaften nur gibt, wenn vorher die Kapitalfrage gelöst ist. Das könnte eine solche Bedingung sein. Ich weiß es nicht. Das wäre etwas, was uns sehr schnell in Zugzwang bringen würde. Ich denke, Herr Berger – auch dazu müssen Sie jetzt nichts sagen –, dass Ihre Liquiditätsposition nicht auf Dauer in der Luft hängen bleiben kann. Deshalb haben wir kein Zeitfenster, das Monate dauert, sondern wir reden über Wochen, möglicherweise sogar nur über Tage, in denen wir uns verständigen müssen, was wir aus schleswig-holsteinischer Sicht wollen.

Herr Finanzminister, deshalb ist meine Bitte an Sie – bei allem Misstrauen, das uns wechselseitig eigen ist, weil wir in unterschiedlichen politischen Organisationen tätig sind –: Nutzen Sie kurzfristig die Vertrauensmöglichkeit, mit den finanzpolitischen Sprechern – was auch in der Vergangenheit schon geschehen ist – 4-, 6- oder 10-Augen-Gespräche zu führen. Das politisch umzusetzen, wird ein größerer Kraftakt werden, als das ökonomisch umzusetzen.

**Finanzminister Wiegard:** Ich glaube, Herr Kubicki, dass wir in diesem Ausschuss, aber sehr wahrscheinlich auch im ganzen Hause nicht unterschiedlicher Auffassung sind, dass wir den Weg wählen müssen, der unter den dann bekannten Bedingungen der für Schleswig-Holstein

günstigste und gangbarste ist. Hier schließe ich in der Tat alle Komponenten ein, die Sie soeben genannt haben. Dazu gehören die Konditionen, aber nicht alleine die Konditionen. Dazu gehört auch die Frage, ob, wenn es so gewollt ist, es richtig ist, dass wir zwar an den Bund Dividende zahlen, aber nicht an die Länder. Das halte ich für eine sehr merkwürdige Geschichte, die sich in der Eile möglicherweise allein auf die privaten Banken bezogen hat. Eine solche Vorstellung könnte ich nicht teilen. Das betrifft natürlich auch die Frage des Exits, das heißt die Frage: Wie löst sich der Bund von dem, was er an Kapitalhilfen gibt, und auf welche Weise können die Anteilseigner nach dieser Maßnahme auf den Anteil zurückkehren, den sie vor dieser Maßnahme gehabt haben? Das muss zunächst geklärt sein, ebenso die Frage des Einflusses auf die Geschäftspolitik und auf die Strukturpolitik bei den Landesbanken insgesamt. Man kann sich – das habe ich meinen Kollegen Anteilseignern am Montag sehr deutlich aufgezeigt – auch Szenarien vorstellen, bei denen bei bestimmten Kapitalmaßnahmen der Bund plötzlich über die Mehrheit bei vier Landesbanken verfügt. Dann habe ich in der Tat ein leichtes Problem damit, ob das strukturpolitisch der richtige Weg ist. Deshalb glaube ich, dass wir über eine solche Frage sehr genau miteinander diskutieren müssen.

Ich sichere Ihnen zu, dass wir – Finanzminister und finanzpolitische Sprecher der Fraktionen und, wenn nötig, auch Fraktionsvorsitzende – in seiner enger Zusammenarbeit und zeitnah miteinander über den Fortgang in der Weise kommunizieren, wie wir es auch beim Finanzmarktstabilisierungsgesetz gemacht haben. Ich bedanke mich im Übrigen sehr, dass das so konstruktiv vonstatten gegangen ist.

**Herr Berger:** Vielleicht noch zwei oder drei Anmerkungen dazu. Die Kommunikation spricht Herr Kubicki immer wieder sehr gerne an. Wir müssen aufpassen – das ist meine Bitte in diese Runde hinein –, dass wir die HSH Nordbank nicht schlechter darstellen, als sie tatsächlich ist. Ich sage noch einmal sehr deutlich: Wir betreiben eine Kommunikationspolitik in dieser Runde und mit den Gremien, die, wie ich glaube, schon sehr transparent ist und die den jeweiligen Stand entsprechend wiedergibt. Dass wir von aktuellen Marktentwicklungen eingeholt werden, das ist eine zweite Geschichte.

Das Thema Eigenkapital ist auch eine Frage der jeweiligen Betrachtung. Wenn ich heute sage, wir haben eine Eigenkapitalquote – ich bleibe bei den Zahlen per 30. August – von 7,4 % und 8,2 % und eine Gesamtkapitalquote von über 11 %, so ist das im Vergleich nicht schlecht – um das vorsichtig auszudrücken. Jetzt kommt nur die Frage: Reicht das zukunftsbezogen aus? Hier beginnt auch die Gratwanderung in der Kommunikation. Heute habe ich ein klares Statement dazu abgegeben. Ich will nur noch einmal deutlich machen: Man beschreibt bestimmte Situationen und geht von bestimmten Quoten aus.

Ganz kurz zu dem Thema Liquidität. Ich habe gesagt: Wir haben diesen Antrag eingereicht. Wir müssen und wollen den Garantierahmen schnell haben, um ihn zu nutzen. Denn es nützt nichts, dass wir in der Bundesrepublik so etwas verabschieden und dann auf das Gesetz hoffen, es werde das schon richten. Vielmehr muss es auch in Anspruch genommen werden, um den Geldkreislauf in Gang zu setzen. Das werden wir sehr zügig vorantreiben. Darüber wird sich unmittelbar die Kapitalfrage stellen. Im Moment sagen alle Erklärungen, Herr Kubicki, dass es nicht heißt: Erst das Kapital, dann der Garantierahmen. Das wäre auch nicht durchzuhalten. Sie haben das vorhin selber angesprochen. Es wird eine Prüfung geben im Rahmen der Garantiezusage. Dann gibt es eine Empfehlung/Auflage wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass kapitalmäßig etwas geleistet werden muss. Davon gehe ich aus, so wie ich das vorhin erläutert habe.

**Abg. Heinold:** Ein Beispiel für Information und Transparenz. Ich mahne das immer wieder an. Ich finde es bedauerlich, dass Sie erst auf die zweite Frage von Herrn Kubicki sagen: Okay, wenn, dann. Wenn ich die Eigenkapitalquote auf 8 % oder 9 % hebe, habe ich einen Mehrbedarf von 1 oder 2 Milliarden €. Ich finde, so etwas könnte man auch auf die erste Nachfrage hin beantworten. Das ist das, was ich mir an Information und Transparenz wünsche.

Die zweite Sache. Wir sind mitten in den Haushaltsberatungen. Es geht da um kleine Beträge. Es gibt viele, die vom Land nicht den Zuschuss erhalten, den sie sich wünschen. In dieser Situation wird es nicht einfach sein, eine Kommunikationsstrategie aufzubauen, die besagt: Aus der Landeskasse gehen jetzt 1 oder 2 Milliarden € in eine Eigenkapitalaufstockung der Bank, auch wenn wir selbst wissen, dass dies die wirtschaftlichere Lösung sein kann. Wenn das die wirtschaftlichere und auch die strategisch beste Lösung ist – Sie haben das geschildert –, bin ich dabei. Dann sage ich: Es ist richtig, das zu machen. Ich erinnere an Debatten zur Eigenkapitalaufstockung, wo gesagt wurde: Davon hätte man auch das Weihnachtsgeld der Beamten bezahlen können. Deshalb bringe ich dieses Thema hier nochmals ein, mit der Bitte, solche Vergleiche zu vermeiden und darauf zu achten, dass Informationen schnell gegeben werden, dass möglichst alle miteinander handeln und überlegen: Wie ist das noch kommunizierbar? Denn das geschieht zeitgleich mit der Verabschiedung des Landeshaushalts. Das ist mir absolut wichtig. Denn wir sollen das auch transportieren und erklären.

Ansonsten möchte ich mich für das, was heute an Informationen gekommen ist, bedanken. Ich halte es für zentral wichtig, dass wir ständig auf dem Laufenden gehalten werden.

**Herr Berger:** Frau Heinold, zu Ihrer Bemerkung: erst beim zweiten Mal. Wir sind in einer öffentlichen Sitzung. Wir wissen, wie es läuft. Morgen steht dann in der Zeitung: Die HSH Nordbank hat einen Kapitalbedarf von 1 oder 2 Milliarden €. Das, was ich sage, ergibt sich aus Rechnungen per jetzt. Ich weiß nicht, wie Stressszenarien aussehen. Wenn ich in drei oder vier Wochen sage: Es sind nicht 1 oder 2 Milliarden €, sondern es ist ein anderer Betrag, dann haben wir genau die Diskussion, die wir auch in der Vergangenheit hatten: Die Bank nennt immer andere Zahlen. Das bitte ich einfach zu berücksichtigen. Wir sind da auf einem sehr dünnen Eis. Dann heißt es wieder: Scheibchenpolitik. Dann werden wir uns wieder mit diesen Themen auseinandersetzen.

Die Nebensätze werden immer vergessen. Als ich bei der Pressekonferenz am 8. Juni sagte, wir könnten ein Ergebnis von 400 Millionen € zum Jahresende erwarten, unter der Voraussetzung, dass sich die Marktbedingungen nicht verschlechtern, wurde der zweite Halbsatz nirgends beachtet. Den finden Sie nirgends wieder, auch nicht in der Chronologie der FDP. Es heißt dann nur: Berger hat gesagt: 400. – Feierabend. Die wichtigen Dinge werden weggelassen. Deswegen, so glaube ich, ist das schon eine Güterabwägung.

**Abg. Kubicki:** Das kann ich so nicht stehen lassen, Herr Berger. Die Chronologie der FDP ist zutreffend, weil sie nichts anderes macht, als öffentliche Zitate wiederzugeben. Wenn wir die Freundlichkeit schon ein bisschen auflösen wollen, dann sage ich mit allem Ernst: Wenn sich der Finanzminister unseres Landes im September ins Plenum stellt und folgende Prognosen abgibt: 2008 400 Millionen €, 2009 800 Millionen €, 2010 1 Milliarde € Ergebnis, und es gibt keine Erkenntnisse – das ist ein wörtliches Zitat –, die darauf hindeuten, dass es nicht erreicht wird, dann kann ich nur sagen: Wer das Mitte September gesagt hat, ist entweder blind oder falsch informiert.

**Vorsitzender:** Jetzt habe ich keine Wortmeldungen mehr vorliegen und werde auch keine mehr herausfordern. Ich sage einen herzlichen Dank an den Minister und an Sie, Herr Berger, für die umfassende Unterrichtung. Ich will aber ergänzend feststellen, dass ein umfangreicher Fragenkatalog aus 16 Wortbeiträgen hier anstandslos abgearbeitet worden ist. Auch dafür ein herzliches Dankeschön. Ich denke, es gehört zu der Sache dazu. Ich freue mich, dass wir bei der schwierigen Abwägung zwischen den berechtigten öffentlichen Interessen und den schützenswerten Interessen der Bank, seiner Eigentümer und Vertragspartner in dieser öffentlichen Behandlung eine gute Lösung gefunden haben. Auch dafür herzlichen Dank! Für uns alle gilt: Es gilt das gesprochene Wort.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung des Bundesbesoldungsgesetzes,  
des Beamtenversorgungsgesetzes und ergänzender Vorschriften sowie  
Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/2247

(überwiesen am 8. Oktober 2008 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und  
Rechtsausschuss)

Auf eine Frage von Abg. Heinold erwidert St Dr. Wulff, seitens der Landesregierung gebe es keine Pläne, generell Sonderzahlungen für Beamtenanwärter einzuführen. Eine Frage von VP Dopp beantwortet er dahin, die Entwicklung der Versorgungsausgaben werde die Landesregierung im Bericht zur Tragfähigkeit der Landesfinanzen zu Beginn jeder Wahlperiode darstellen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2247 unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs**

(s. Umdruck 16/3498, Fortsetzung der Beratung des Finanzausschusses am 30. Oktober 2008)

St Dr. Wulff teilt mit, die Landesregierung habe mit den kommunalen Landesverbänden am 4. November 2008 ein längeres Gespräch geführt, unter anderem über Maßnahmen der Abfederung und Kompensation des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich. Die entsprechende Liste, die weiterhin als offen anzusehen sei, werde jetzt von der Landesregierung aktualisiert und nach Verabschiedung im Kabinett dem Finanzausschuss zugeleitet. Für den Schulbau werde in der Nachschiebeliste ein Betrag von jeweils 21 Millionen € in den Jahren 2009/10 veranschlagt. Hinsichtlich des Streits zwischen Land und Kommunen um die Abrechnungen der Leistungen nach SGB XII hoffe man im Wege eines Vergleichs zu einer Verständigung zu kommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/3587 - Einzelplan 04

Umdruck 16/3588 - Murmann School of Global Management and Economics

Umdruck 16/3596 - Landesbesoldungsgesetz

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Bei Umdruck 16/3587 kritisiert P. Dr. Altmann, dass der von der Landesregierung beschlossene Wegfall der **Ausgleichszulage** in § 48 BeamtVG nicht zur Haushaltskonsolidierung, sondern zur Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten im **Polizeibereich** genutzt werden solle.

Eine Frage von Abg. Heinold zur Summe der noch anfallenden Kosten der aufgelösten Murmann School of Global Management and Economics (Umdruck 16/3588) beantwortet RL Quirnbach dahin, alle Prozessbeteiligten seien sich einig, die **Murmann School** möglichst schnell abzuwickeln. Genaue Zeitpunkte oder Geldbeträge könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht nennen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Stellv. Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer